

## **Millionen-Loch bei der GeNo: Berichtsbitte der FDP-Fraktion Bremen**

Nach aktuellen Medienberichten zeichnet sich bei der Gesundheit Nord für das laufende Geschäftsjahr ein Defizit von rund 20 Mio. € ab. Gleichzeitig werden für das kommende Jahr weitere finanzielle Belastungen in Folge des GKV-Spargesetzes erwartet. Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Fraktion zur nächsten Sitzung der Gesundheitsdeputation am 15.09.2026 um einen schriftlichen Bericht zur finanziellen Perspektive sowie den geplanten Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen und medizinischen Leistungsfähigkeit des Klinikverbunds.

Der Bericht soll Auskunft geben:

- Wie setzt sich das Defizit für das laufende Geschäftsjahr genau zusammen und welche finanziellen Belastungen werden durch das GKV-Spargesetz für 2027 prognostiziert?
- Welche Defizite sind nach Einschätzung des Ressorts struktureller Natur?
- Wie sollen die Defizite aufgefangen werden, welche Maßnahmen planen Geschäftsführung der GeNo und Ressort?
- Gibt es einen neuen Zeitplan zur Rückkehr zu einem ausgeglichenen Ergebnis?
- Welche im Zuge des Restrukturierungsprozesses getroffenen Annahmen haben sich zwischenzeitlich als nicht zutreffend erwiesen und inwiefern sind nach Ansicht der Geschäftsführung und des Ressorts Anpassungen am Restrukturierungsplan erforderlich?
- Welche konkreten Erwartungen haben Aufsichtsrat und Ressort an die Geschäftsführung der GeNo bzw. welche Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung und Ergebnisse werden erwartet?
- Welche Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung wurden von der Geschäftsführung bereits umgesetzt bzw. sind geplant?
- In welchem Umfang wird eine finanzielle Unterstützung durch den Senat geprüft und welche Auswirkungen hätte diese auf den Haushalt?
- Wie bewertet das Ressort die wirtschaftliche Tragfähigkeit der GeNo, auch unter den sich verändernden Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung, und wie soll der Klinikkonzern langfristig wirtschaftlich und strukturell aufgestellt werden?
- Zu welchen Mindereinnahmen wird das GKV-Spargesetz in den anderen Kliniken im Land Bremen führen und inwiefern wird ein trägerübergreifender Prozess zur wirtschaftlichen Stabilisierung aller Krankenhäuser notwendig erachtet?